

„Ein unheilbares Phänomen systematischer, mörderischer und politischer Gewalt“

Wie die Manipulation von Informationen Meinungsfreiheit und richterliche Unabhängigkeit im postfaschistischen Italien einschränkt



Foto : Markus Winkler, unsplash

Palermo, Mai 2024 - Es ist nichts Neues in Italien, – und nicht nur hier – dass zum Erreichen des eigenen politischen Vorteils mit sogenannten Fake News gearbeitet wird. Subtiler ist hingegen die Arbeit mit echten Nachrichten, die aber in den Momenten lanciert werden, in denen sie nützlich sind. Dabei kann das Geschehen schon länger zurückliegen.

2018 hatte Matteo Salvini, damals Innenminister Italiens, sich ein System geschaffen, das seine sozialen Netzwerke kontrolliert und analysiert, d.h. das System untersuchte, welche Beiträge und Tweets die besten Ergebnisse erzielen und welche Art von Menschen interagiert hatten. Auf diese Weise können Strategien durch eigene Propaganda verändert werden. Beispielsweise wird von Salvini ein Post zu Migration veröffentlicht. Danach wird geschaut, welche Angst am stärksten geäußert wird (von den Lesenden). Beinhalten die meisten Kommentare die Angst, Migrant*innen könnten ihnen die Arbeit wegnehmen, wird der nächste Post Salvinis genau diese Angst stärken. Dieses System wird von den Führungsleuten „Die Bestie“ genannt.¹

Lange hat er damit gearbeitet, dann wurde es medial etwas ruhiger. Vor allem seit der neuen rechten Regierung unter Giorgia Meloni wacht man nicht mehr jeden Tag mit einem „Nutella-Brot-Grinsen“ Salvinis auf, der auch gern mal was zu seinem Frühstück oder seinem abendlichen Drink für seine Sympathisant*innen auf (damals) Twitter (heute X) postete. Dies ging auch deutlich unter die Gürtellinie, wenn man Salvini locker plaudernd am Strand zuschauen durfte, während gerade das x-te Schiffsunglück mit Geflüchteten vor sich ging.

Heute haben wir weitere Formen der Desinformation, die jedoch noch weitaus schwerer wiegen könnten.

¹ Siehe auch: [Die Bestie – die Propaganda-Software der italienischen Rechten](#), borderline-europe, Juli 2018

Entkontextualisierte Informationsverbreitung

Beginnen wir mit einer auffälligen Anhäufung von medialen Nachrichten in Social Media Kanälen und auf Youtube nur zwei Wochen vor der Europaparlamentswahl.

Es kursieren aktuell zahlreiche Videos über Ankünfte auf Lampedusa, in denen es heißt, es seien über das Wochenende mehr als 7.000 Menschen auf der Insel angekommen.

Richtig ist: es gab ein Wochenende mit einer derart hohen [Ankunftsanzahl im September 2023](#).

Falsch ist, dass sich dies in den jetzigen Tagen wiederholt hat.

Diese Aufnahmen werden jetzt direkt vor der EU-Wahl ohne eine Einordnung in den Kontext von AI – Technologie generierten Seiten auf X verbreitet (z. B. Europe Invasion) und von rechtsgerichteten User*innen weiter verbreitet, um rassistische Ressentiments zu schüren und Stimmung gegen Migrant*innen und Geflüchtete zu machen.

Dies ist nur ein Beispiel, wie soziale Medien immer mehr genutzt werden, vor allem, um rechte Falschinformationen zu verbreiten und das Narrativ der Invasion immer weiter auszubauen.

Mund verbieten

Medien waren immer schon ein großes Thema in Italien. Unvergessen die Sender des Medienmoguls und langjährigen Ministerpräsidenten Silvio Berlusconi, der das Fernsehen in den 90er Jahren in eine immerwährende Show umwandelte, die sich vor allem durch Abwesenheit von politischen Diskussionen und sexistischen Unterhaltungssendungen auszeichnete. Seit dem Regierungsantritt von Giorgia Meloni ist erneut eine Veränderung in der Medienlandschaft sichtbar geworden. Dieses Mal betrifft es das staatliche Fernsehen RAI mit seinen drei Programmen. Diese drei waren immer schon in politisch unterschiedlichen Händen: so galt RAI 3 immer als „linker“ Sender. Doch nun wurden die Programmleitungen von allen drei Kanälen ausgetauscht und mit Meloni-treuen oder zumindest



Foto: Pixabay

rechts denkenden Personen besetzt, viele mitte-links orientierte Journalist*innen haben den Sender verlassen und arbeiten nun lieber für freie Kanäle. Noch gibt es einige Politmagazine, die sich dem nicht gebeugt haben, doch auch hier wird immer mehr versucht, diese an die Leine zu legen.

Im April 2024 wollte Antonio Scurati, Experte zum Thema Mussolini, in der Politsendung „Chesarà“ einen kurzen Monolog zum Tag der Befreiung in Italien. Am 25. April wird die Befreiung Italiens vom Nazifaschismus gefeiert, man gedenkt der Partisan*innen und des italienischen Widerstands. Scurati wollte einen Bogen schlagen von Mussolini zum heutigen Faschismus und wurde kurzerhand von der Programmdirektion ausgeladen. Die [Taz](#) berichtete: "Sein Text hob an mit der Ermordung des sozialistischen Abgeordneten Giacomo Matteotti durch Duce-Schergen in Rom, im Jahr 1924, vor akkurat 100 Jahren, und er fuhr fort mit der Erinnerung an das [Massaker im März 1944](#), dem in Rom 335 Zivilisten zum Opfer fielen, gerichtet von den Nazis als Rache für einen Partisanenanschlag, der 33 deutsche Soldaten das Leben gekostet hatte. Immer, so Scurati, von seinen frühen bis zu den späten Jahren, sei der Mussolini-Faschismus ‚während seiner ganzen Geschichte ein unheilbares Phänomen systematischer, mörderischer und politischer Gewalt‘ gewesen.'" Die Moderatorin der Sendung, Serena Bortone, wusste nicht von der Ausladung und machte den Monolog kurzerhand öffentlich. Paolo Corsini, der Programmplaner der Politsendungen der RAI, ist schon öfter als Meloni-Anhänger bei öffentlichen Veranstaltungen aufgefallen. Er begründete die Ausladung mit einer zu hohen Honorarforderung Scuratis (1.800 Euro). Dieser Einschnitt in die freie Meinungsäußerung zu einem für die Regierung unliebsamen Thema ging jedoch nach hinten

los, es gab einen großen medialen Aufschrei der nicht rechtsgerichteten Medien und auf Social Media ging der Monolog in kurzer Zeit viral. Giorgia Meloni blieb nichts anderes als die Flucht nach vorn, um den Wind aus den Segeln zu nehmen, doch auch ihre Erklärung des Ganzen ist fadenscheinig: ihrer Meinung nach würde die Linke den Fall aufbauschen, es sei doch nur um 1.800 Euro zu viel Lohn gegangen. Der Fall Scurati macht deutlich, wohin die Reise gehen soll.

Fake news zur Stabilisierung die Migrationspolitik

Ende Mai rettete das zivile Seenotrettungsschiff Humanity 1 von SOS Humanity Geflüchtete aus vier Booten. Ein Baby verlor sein Leben auf der Überfahrt. Das italienische Innenministerium hat der Humanity 1 den weit entfernten Hafen von Livorno zugewiesen, eine Taktik, um die zivilen Rettungsschiffe so lange wie möglich aus dem Rettungsgebiet fernzuhalten. In der Meldung der italienischen Presseagentur ANSA ist zu lesen, dass das verstorbene Baby in der SAR (Seenotrettungs-) Zone von Libyen an Bord genommen worden sei. Sergio Scandura, Journalist von Radio Radicale, fragt sich, woher diese Information stammt: „Da ANSA die Quelle nicht angibt, und dies ist nicht das erste Mal, wissen wir nicht, ob der Fehler auf die Person zurückzuführen ist, die die Nachricht verfasst hat, oder - was deutlich schlimmer wäre - auf eine institutionelle Quelle aus dem Innenministerium oder der Küstenwache“ zurückzuführen ist. Das scheint eine Kleinigkeit, warum also ist es so wichtig, diese Nachricht richtig wiederzugeben? Das Innenministerium, so Scandura, möchte nicht, dass Journalist*innen so genau mitbekommen, was auf See geschieht. Zu behaupten, die Rettung habe in einem Gebiet unter libyscher Verantwortung stattgefunden diskreditiert zum einen die zivilen Seenotrettungsschiffe – diese haben sich nicht dorthin zu begeben. Über ein totes Kind zu berichten und offen zu sagen, dass zwei dieser Boote aus Tunesien abgefahren sind, dem Land, mit dem Italien



Foto: rawpixel.com, Freepik

mehrere bilaterale Abkommen abgeschlossen hat, ist zum anderen politisch unbequem. „Das Modell der Abkommen zwischen Italien und der EU-Kommission (...) hat dieselben kriminellen Konnotationen wie das Memorandum, das mit den „Clans“, die Libyen regieren, geschlossen wurde. Vielleicht ist es den Verantwortlichen dieser Abkommen peinlich zu berichten und zu dokumentieren, dass auch aus Tunesien Geflüchtete kommen,

die völlig am Ende sind – Neugeborene, die an Unterernährung sterben, inbegriffen. Abkommen, die nur dazu dienen, Wahlerfolge mit dem Thema der Migration einzuheimsen“, so Scandura. Bedenkt man die seit Monaten andauernden Verfolgung und Inhaftierung von Geflüchteten, die dann in den Wüsten der angrenzten Länder Algerien und Libyen ausgesetzt werden, kann man verstehen, dass solche Meldungen für die Regierung nicht angenehm sind. Mit Fake News haben wir jeden Tag und auch meist viel offensichtlicher zu tun. Aber auch im Detail liegt die Kraft, Meinungen zu bilden, die dem rechten Narrativ zu Gute kommen. Achtsamkeit ist angebracht.

Angriffe auf die Unabhängigkeit der Justiz

Eine andere Art des medialen Angriffs, aber auch eines Angriffs auf die unabhängige Justiz konnten wir hingegen nach einem Urteil der Richterin Iolanda Apostolico aus Catania beobachten. Sie hatte die Inhaftnahme von acht Tunesiern im Jahr 2023 nicht bestätigt, diese mussten daraufhin freigelassen werden. Die Männer waren in dem neuen Zentrum für

Schnellverfahren in Pozzallo inhaftiert worden. Ihre fachliche Begründung wurde später auch von weiteren Richter*innen geteilt: die "Grenzverfahren" nicht seien nicht mit der italienischen Verfassung vereinbar und damit seien sie nicht verfassungskonform. Zudem seien sie auch nicht kompatibel mit dem EU-Recht, da eine Inhaftierung nur dann erfolgen darf, wenn sie auf der Grundlage einer Einzelfallprüfung erfolgt ist." Was nach der Entscheidung folgte gleich einer Hexenjagd. Videos von Teilnahmen Apostolicos an Demonstrationen der „extremen Linken“, so [Matteo Salvini](#), wurden ausgegraben, die Familie Apostolicos wurde verbal angegriffen. „Angriffe“, so schreibt das online Magazin [Open](#), „(...) mit dem offensichtlichen Ziel, jeden Richter*in einzuschüchtern, die/der eine Auslegung vornimmt, die nicht gefällt oder nicht einer bestimmten politischen Richtung entspricht“.

Die Nationale Richtervereinigung hatte sich Ende Oktober 2023 zusammengefunden und mehrheitlich ein Dokument angenommen, das sich mit dem Fall von Iolanda Apostolico befasste. Die Frage nach der Unabhängigkeit der Justiz und der massiven Angriffe auf Richter*innen und Anwält*innen gäben Grund zur Sorge. Das Schreiben fordert „die Politik auf, über die Auswirkungen ähnlicher Delegitimierungsmaßnahmen nachzudenken, die darauf abzielen, die Glaubwürdigkeit und Unabhängigkeit der Justiz zu schwächen. In dem Dokument fordert der Berufsverband, den Datenschutzbeauftragten auf, alle geeigneten Initiativen zu ergreifen, um Richter*innen und Staatsanwält*innen zu schützen, die aufgrund des Inhalts ihrer Anordnungen unzulässigen Eingriffen in ihr Privatleben ausgesetzt sind“, so Open.

Angriffe auf die Richter*innenschaft, die vor allem nicht nur fachlich begründet sind, sondern auch eine persönliche Bedrohung der Person und ihres Umfeldes beinhalten, kennen wir aus Zeiten des Faschismus, als vielen Richter*innen die Arbeitserlaubnis entzogen, sie bedroht oder ins Exil geschickt wurden. Langsam müssen wir uns fragen, wie weit wir von diesen Zeiten wirklich noch entfernt sind.

Judith Gleitze, [borderline-europe](#), Sizilien



Foto: Tingey Injury Law Firm, unsplash